

Mainzer Erklärung zum Philosophie- und Ethikunterricht

Diese Erklärung wendet sich an die Kultusministerkonferenz der Länder, die Schul-, Bildungs- bzw. Kultusministerien in den Ländern und an alle Verantwortlichen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft in der Absicht, den Philosophie- und Ethikunterricht in allen Bundesländern zu konsolidieren, zu stärken und auszubauen. Sie steht in der Tradition der Konstanzer Erklärung (1999), der Bonner Erklärung (2002), der Münsteraner Erklärung (2010) und des Dresdner Konsenses (2016).

Die Unterzeichnenden betrachten mit Sorge, dass in öffentlichen Debatten und vor allem in solchen, die anonym in den digitalen Medien geführt werden, Ausgrenzung, Hass und insbesondere die Weigerung, sich dialogisch-argumentativ einzulassen, einen immer größeren Raum einnehmen. Umso dringlicher ist es, eine *systematisch angelegte* Bildung im Hinblick auf den Gebrauch der eigenen Vernunft, die Diskursfähigkeit und das Miteinander über ideologische Grenzen hinweg zu befördern.

Der Philosophie- und Ethikunterricht leistet dies bereits vollumfänglich, *denn*:

Der Unterricht in den Fächern Philosophie und Ethik vermittelt heranwachsenden Individuen und somit künftigen Staats- und Weltbürger:innen wertvolle Erfahrungen durch die Betätigung wesenseigener Fähigkeiten der vernunftgeleiteten Reflexion und kritischen Urteilsbildung über das Beste in und für uns. Er fördert damit Diskurskompetenzen, die grundlegend sind für Demokratiefähigkeit und darüber hinaus für die existenzielle und normative Orientierung des Menschen in Geschichte, Natur und Kosmos. Vermittelt werden nicht zuletzt Fertigkeiten des rationalen Prüfens und argumentativen Aushandelns von Standards für Tatsachen, Normen, valide Erklärungen, Objektivität und Wissenschaftlichkeit, da er insbesondere die folgenden Kompetenzen fördert:

Problematisierendes Reflektieren und Klären von Begriffen; Formen des Argumentierens und Begründens; Erweiterung des Horizonts des Welt- und Selbstverstehens und Förderung des kritisch-reflektierenden, eigenständigen Denkens; Empathie und soziale Interaktion; Stärkung eines reflektierten Selbstbewusstseins und Förderung einer eigenen diskursiv-reflektierenden Meinungsbildung im Bewusstsein sozialer Eingebundenheit.

Das unserem Grundgesetz und weltweit vielen modernen Verfassungen zugrundeliegende Menschenbild der Aufklärung verdankt sich einem historisch gewachsenen, doch vor allem genuin philosophisch-ethischen, auf friedliche Weise vollzogenen Diskursprozess und entsprechenden dezidiert philosophisch-ethischen Denkmodellen aus der Erkenntnistheorie/Wissenschaftstheorie, aus der praktischen Philosophie/Ethik, Staatsphilosophie, aus der Religionsphilosophie und Metaphysik, aus der philosophischen Anthropologie, die im Sinne einer guten Bildung junger Menschen in der Schule einen festen und seiner Bedeutung nach angemessenem Platz einnehmen sollten.

Die Unantastbarkeit einer in der autonomen Vernunft des Einzelnen gründenden Würde bildet den Kern modernen Philosophierens und philosophisch-ethisch begründeten Nachdenkens und Argumentierens zu moralischen Wertvorstellungen, sowie zur Weiterentwicklung der Beziehung zwischen Mensch und Welt und deren Verwirklichung in der individuellen und demokratisch verfassten gesellschaftlichen Lebenspraxis. Insbesondere das gemeinsame friedliche Ausloten der Möglichkeiten universaler moralischer Werte- und Normbegründung jenseits spezifischer kultureller und religiöser Bindungen erscheint angesichts einer rasant fortschreitenden Globalisierung als besonders dringlich und ist über eine philosophisch-ethische Bildung grundlegend leistbar. Diese kann aber nur über einen Unterricht gewährleistet werden, der über die fachwissenschaftliche und fachdidaktische philosophisch-ethische Expertise verfügt.

Konkret fordern wir zur Stärkung der Fächer Philosophie und Ethik und ihres grundlegenden Beitrags zu Persönlichkeitsentwicklung und Demokratiefähigkeit für alle Bundesländer:

Mainzer Erklärung zum Philosophie- und Ethikunterricht

- Entsprechend der o.g. Ausführungen sollte der Philosophie- und Ethikunterricht seinen eigenständigen Platz im Fächerkanon erhalten.
In diesem Sinne sollten die Verantwortlichen in Bund und Ländern unsere Fächergruppe mehr als bisher in den Fokus bildungspolitischer Überlegungen rücken und bei konzeptionellen Erwägungen stärker miteinbeziehen.
- Die Fächer Philosophie und Ethik sollen für alle Altersstufen, d.h. von der Grundschule bis zum Abitur, angeboten werden und die Fächer Philosophie und Ethik auf Grund- und Leistungskursniveau in der gymnasialen Oberstufe als Prüfungsfächer für das mündliche wie das schriftliche Abitur und in anderen Schulstufen und –formen als abschlussrelevante Prüfungsfächer angewählt und in die Gesamtbewertung eingebracht werden können.
- Für alle Fächervarianten, die in den föderalen Strukturen unseres Bildungswesens entstanden sind, soll Philosophie als unverzichtbar grundlegende Bezugswissenschaft verbindlich sein, und so auch eine bundesweite Annäherung der Fächer möglich und damit bildungspolitische Sonderwege, etwa eine Vermischung mit anderen Fächern, ausgeschlossen werden.
- In allen Bundesländern soll für alle Schulstufen und Schulformen eine grundständige Lehramtsausbildung gewährleistet werden, welche einen regulären und bundesweit anerkannten Studienabschluss im Fach Philosophie/Ethik einschließt. Im Weiteren soll eine bundesweite Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse im Lehramtsstudium und im Referendariat geben sein.

Mainz am Rhein, 21.03.2025

Für den Fachverband Philosophie

Marco Schepers
Bundesvorsitzender

Diese Erklärung wird unterstützt von:

Berufsverband für Philosophische Praxis (BV-PP)

Bundesschülerkonferenz (BSK)

Deutsche Gesellschaft für Philosophie e.V. (DGPhil)

Forum für Didaktik der Philosophie und Ethik (FDPE)

Gesellschaft für Analytische Philosophie (GAP)

Gesellschaft für Philosophie- und Ethikdidaktik e.V. (GPED)

Association Internationale des Professeurs de Philosophie (AIPPh)

Internationale Gesellschaft für Philosophische Praxis (IGPP)